

Pressekonferenz des IKK e.V. zur nachhaltigen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), 22. August 2022, Berlin

Statement Peter Kaetsch
Vorstandsvorsitzender der BIG direkt gesund

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Vorredner haben Ihnen sehr deutlich aufgezeigt, wie unzulänglich aus unserer Sicht das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz ist. Es ist viel zu kurzfristig gedacht, hat keinerlei langfristige Zukunftsperspektive.

In den Zeiten von Krieg, Krisen, Inflation und nicht überstandener Pandemie ist es schlichtweg unverständlich, wenn der Bund dem Gesundheitssystem über 10 Mrd. Euro entziehen will. Nichts Anderes bedeutet der Kabinettsbeschluss über das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz. Wir wissen es sehr genau und das Gros der Bevölkerung fühlt es – Gesundheitsversorgung ist der zentrale Pfeiler sozialer Sicherung und der Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es passt einfach nicht in die Zeit, wenn der Bund jetzt die Mittel für die Gesundheitsversorgung kürzen will.

Aber wir kritisieren nicht nur, sondern wir zeigen Ihnen auch Lösungen auf. Vorschläge dazu haben meine Vorredner Ihnen schon erläutert, doch ich möchte unsere Vorschlagsliste noch ergänzen. Denn wir müssen an vielen Stellschrauben drehen, um tatsächlich eine langfristige, nachhaltige Finanzierung der GKV zu schaffen. Wir möchten Sie nicht jedes Jahr zu einer Pressekonferenz einladen, um immer wieder die gleichen Themen mit Ihnen zu diskutieren.

Eine weitere Stellschraube neben den bereits skizzierten ist für uns der Bundeszuschuss. Wir schlagen einen Ausgleich versicherungsfremder Leistungen durch einen Bundeszuschuss vor, der nicht pauschal abgegolten, sondern in seiner Höhe ausverhandelt und dann

dynamisch angepasst wird. Nur zur Erinnerung: Das ist im Übrigen auch im Koalitionsvertrag so vorgesehen, blieb beim GKV-Finanzierungsgesetz aber komplett unbeachtet. Das ist sehr bedauerlich. Wir sind der Meinung: eine verlässliche Gesundheitsversorgung ist zu wichtig, um dauerhaft vom guten Willen des Finanzministers abzuhängen. Deshalb brauchen wir einen regelbasierten und dynamisierten Steuerzuschuss.

Unser Vorschlag: Zunächst muss eine Definition der versicherungsfremden Leistungen auf den Tisch. Darauf aufbauend sollte die Höhe der Ausgleichssumme festgelegt und gesetzlich verankert werden. Gleichzeitig sollte gesetzlich ein Dynamisierungsfaktor festgelegt werden, der sich sowohl an der Bruttolohnentwicklung wie der Inflationsrate bemisst (Mittelwert). Zukünftig wäre bei einer Erweiterung des Leistungskatalogs der GKV um zusätzliche versicherungsfremde Leistungen folgerichtig eine Anpassung vorzunehmen. Somit würde endlich gewährleistet, dass unsere Beitragszahlenden, Mitglieder wie auch Arbeitgeber, nicht weiterhin allein die Lasten tragen, die eigentlich auf allen Schultern verteilt werden müssten.

Meine Vorredner hatten Ihnen bereits erläutert, dass wir auch eine Abkehr vom alleinigen Lohnkostenmodell vorschlagen. Ich möchte Ihnen konkrete Möglichkeiten aufzeigen, um unsere Einnahmebasis zu verbreitern.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es eines solidarischen Ausgleichs zwischen lohnintensiven und weniger-lohnintensiven Beschäftigungssektoren bedarf. Unsere neue Arbeitswelt muss endlich auch ihren Beitrag zu unseren Sozialversicherungssystemen leisten.

Im Hinblick auf die moderne globale Wirtschaft sind nationale Steuervorschriften nicht mehr zeitgemäß. In den geltenden nationalen Steuervorschriften wird nicht berücksichtigt, wie in der digitalen Welt Gewinne generiert werden und welche Rolle die Nutzerinnen und Nutzer bei der Wertschöpfung spielen. International aufgestellte Konzerne entziehen sich seit Jahren ihrer Verantwortung, gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren, profitieren aber im Gegenzug davon.

Im Jahr 2018 hat die europäische Kommission hierzu zwei Gesetzgebungsvorschläge gemacht: Die erste Initiative sieht vor, die Körperschaftsteuer-Vorschriften zu überarbeiten, damit Gewinne dort registriert und besteuert werden, wo über digitale Kanäle konkrete Interaktionen zwischen Unternehmen und Nutzern stattfinden. Diese Option ist die von der Kommission bevorzugte langfristige Lösung. Der zweite Vorschlag folgt dem Ruf mehrerer Mitgliedstaaten nach einer Übergangssteuer für die wichtigsten digitalen Tätigkeiten, die derzeit in der EU überhaupt nicht besteuert werden. Aus unserer Sicht könnten mit einer Digital- bzw. Maschinensteuer die Konzerne in die Verantwortung für die Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben einbezogen werden.

Und wir haben noch eine Stellschraube im Blick: Die Beteiligung der Plattformarbeit an der Finanzierung der Sozialabgaben. Plattformarbeiterinnen und -arbeiter gelten meist als selbstständige Auftragnehmer. Anders als betriebszugehörige Personen unterliegen die Löhne nicht dem Steuerabzug durch den Arbeitgeber. Um eine gerechte Beteiligung der Plattformwirtschaft an der Finanzierung der Sozialversicherung zu gewährleisten, sollten Plattformen an den Sozialabgaben beteiligt werden. Hierzu gibt es auch gerade einen europäischen Richtlinienentwurf, der vorsieht, zukünftig bei der Plattformarbeit generell ein Angestelltenverhältnis anzunehmen. Damit wäre dann auch die Aufnahme in die sozialen Sicherungssysteme verbunden.

Alternativ wäre zu überlegen, für die atypischen Beschäftigungsverhältnisse neue Regelungen zu finden, wie es z. B. im Rahmen der Versicherung der Künstlersozialkasse (KSK) geschehen ist. Anders als bei freiwillig Versicherten zahlen Mitglieder der KSK nur einen entsprechenden Arbeitnehmeranteil, der sich auf Basis des geschätzten Gewinns aus künstlerischer und/oder publizistischer Arbeit für das folgende Jahr bemisst. Die KSK stockt die Beiträge auf aus einem Zuschuss des Bundes (20 %) und aus Sozialabgaben von Unternehmen (30 %), die Kunst und Publizistik verwerten. Das Modell ließe sich auf Plattformwirtschaft adaptieren, so dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet und Plattformen an den Sozialabgaben beteiligt werden.

Ich fasse zusammen:

Der Ausgleich versicherungsfremder Leistungen durch den Bundeszuschuss und seine Dynamisierung, eine Digital- bzw. Maschinensteuer für Konzerne und die Beteiligung der Plattformarbeit an den Sozialabgaben würde der GKV eine breitere und nachhaltige Einnahmebasis sichern. Prof. Loth wird die Vorschläge ergänzen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt und Information:

Bettina Kiwitt
Leiterin Unternehmenskommunikation der BIG direkt gesund
Tel.: +49 231 5557-1016
E-Mail: bettina.kiwitt@big-direkt.de
www.big-direkt.de

Iris Kampf
Pressesprecherin des IKK e.V.
Tel.: +49 30 202491-32
Mobil: +49 170 9109103
E-Mail: iris.kampf@ikkev.de
www.ikkev.de